

# SO WIRD DAS NIX MIT DEM KLIMA

Acht Gründe, warum die Klimapolitik scheitert. Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Der Klimawandel existiert, ist menschengemacht und hat riesige Kosten. Kürzlich schätzte ein offizieller Klimabericht die Schäden um das Jahr 2100 allein in Amerika auf mehrere 100 Milliarden Dollar jährlich. Das ist nichts Neues. Ähnliche Schätzungen gibt es schon lange. Das Kyoto-Protokoll als wichtiges Element des Klimaschutzes ist mehr als 20 Jahre alt. Zuvor und danach gab es internationale Großkonferenzen, wie jene in Paris oder Kattowitz. Dabei werden die Klimaziele

der Politiker immer ehrgeiziger. Nur: Die tatsächlichen Emissionen steigen weiter an. Wann kommt die Wende? Viele hoffen, die zunehmende Fühlbarkeit des Klimawandels und Gewissheit über seine Ursachen mache globale Gegenmaßnahmen wahrscheinlicher. Aus politisch-ökonomischer Perspektive liegt das Gegenteil näher. Zwar nützt es Politikern, den Klimawandel und Katastrophenszenarien zu beschwören. Ihr internationaler Ansatz droht aber aus mindestens acht Gründen zu scheitern.

**Wir lassen gern andere zahlen**  
Das Problem der Klimapolitik wird mit zunehmendem Wissen nicht kleiner. Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, welche die Politiker jedes Landes vor ein Dilemma stellt: Die Nutzen von Emissionsreduktionen verteilen sich auf die ganze Welt, die Kosten hingegen tragen ihre Bürger allein. Nationale Politiker tendieren deshalb zum Trittbrettfahren. Sie reden moralisch und setzen in Klimaabkommen hohe Ziele, ergreifen dann aber kaum wirksame Maßnahmen.

**Wir nehmen die Zukunft nicht ernst genug**

Das Wissen um die Langfristigkeit der Wirkungszusammenhänge macht Klimaschutz für Politiker unattraktiv. Emissionsreduktionen bringen sofort hohe Kosten. Der Nutzen fällt erst Jahrzehnte später und schlecht sichtbar an. Politiker bevorzugen es genau umgekehrt: Der Nutzen sollte schnell und gut sichtbar sein, die Kosten in der Zukunft anfallen. Zu erwarten, die heutige Politik setze teure Emissionsreduktionen zugunsten künftiger Generationen durch, ist deshalb gewagt. Wahrscheinlicher ist, dass die Lasten in die Zukunft verschoben und mit ehrgeizigen Zielen übertüncht werden.

**Wir sind nicht alle Opfer des Klimawandels**

Mit fortschreitendem Klimawandel wird klarer, dass seine Folgen und die Verluste geographisch ungleich verteilt sind. Das erschwert die globale Klimapolitik. Bisher herrschte über die Verteilungswirkung ein Schleier der Ungewissheit, durch den sich die Mehrheit als große Klimaverlierer sah. Mit zunehmender Gewissheit, wer wie viel verliert oder gar gewinnt, dürfte die Bereitschaft zu Kompromissen abnehmen. Hinzu kommt, dass viele Verlierer Entwicklungsländer sind, die bisher wenig CO<sub>2</sub> emittieren, aber auf Wachstum und damit tendenziell steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen angewiesen sind.

**Wir verlieren den Blick für die Schäden der Erwärmung**

Je mehr Politiker über Klimaschutz nachdenken, desto stärker werden sie Nutzen und Kosten der Klimapolitik mit anderen Problemen, beispielsweise im Gesundheits- oder Sozialbereich, vergleichen. Selbst Klimaschäden von Hunderten Milliarden ließen sich mit Bezug zur Wirtschaftsleistung relativieren: So beträgt

das Bruttoinlandsprodukt Amerikas rund 19 Billionen Dollar jährlich. Bis 2100 sollte es sich bei normalem Wachstum wenigstens verdoppeln. Damit lägen selbst große Klimaschäden von ein oder zwei Billionen Dollar im unteren einstelligen Prozentbereich. Tatsächlich relativiert der eingangs erwähnte Bericht die Schätzungen entsprechend. Noch kleiner wirken die Schäden, wenn sie mit dem Wachstum verglichen werden: Schäden von 5 Prozent der Wirtschaftsleistung um das Jahr 2100 wirken so, wie wenn die jährliche Wachstumsrate ab jetzt bis 2100 um etwa 0,06 Prozentpunkte sänke.

**Wir nehmen den Wandel auf die leichte Schulter**

Die Fühlbarkeit des Klimawandels könnte einen relativierenden Perspektivwechsel bringen. Beispiel Schweiz: Dort sind die Temperaturen seit der Industrialisierung um 1850 bereits um 1,8 Grad gestiegen, also etwa so stark, wie es die Politiker als Maximalziel fürs Weltklima anstreben. Manche meinen, solche Fakten würden die Bürger aufschrecken. Doch auch das Gegenteil mag zutreffen. Nur wenige glauben, der Klimawandel sei im Vergleich mit den anderen Veränderungen seit 1850 besonders wichtig, und wünschen sich tiefere Temperaturen zurück.

**Wir passen uns immer besser an die Hitze an**

Klimaschutz erfordert echte globale Kooperation. Anpassungen an den Klimawandel sind aber auf nationaler, lokaler und individueller Ebene möglich. National und lokal funktioniert die Koordination besser als auf globaler Ebene. Lokale Baumaßnahmen schützen weitgehend vor Sturmschäden, private Klimaanlage vor Hitze. Da die Bürger direkt von der Anpassung profitieren, finanzieren sie sie selbst. Das gibt den Firmen Anreize, günstigere Anpassungstechnologien zu entwickeln. Dank technischem Fortschritt könnten die tatsächlichen Schäden unter den prognostizierten liegen. Schätzungen gehen meist von konstanter Anpassungstechnologie aus; es wird also beispielsweise angenommen, der Zusammenhang zwischen warmen Temperaturen und Hitzestereblichkeit bleibe konstant, sprich die Bürger würden bei zunehmender Hitze nicht mehr Klimaanlage installieren. Möglichkeiten zur Anpassung schwächen aber den Willen, die Kosten eines globalen Klimaschutzes zu tragen.

**Wir haben zu viel Energie**

Die heutige Klimapolitik mancher Länder zielt darauf, die Nachfrage nach fossilen Energieträgern zu reduzieren. Weil deren globales Angebot aber nicht im gleichen Ausmaß zurückgeht, sondern vielleicht sogar steigt, sinken die Preise für fossile Energie, was in anderen Ländern Anreize zu Mehrkonsum setzt. Zudem verdrängen emissionsarme Alternativen die traditionellen Energieträger keineswegs automatisch, sondern könnten deren Konsum steigern. Das stark schwankende Angebot an Alternativenergien aus Wind und Sonne führt zu gewissen Zeiten zu tiefen Energiepreisen und damit zu einem energieintensiveren Lebensstil. Dadurch wächst die Nachfrage nach Energie auch in den Zeiten, in denen Wind oder Sonne knapp sind, was zu Mehrverbrauch von fossiler Energie führen könnte.

**Wir lassen uns von Politikern einlullen**

Zunehmend wird über künftige Abkühlungstechniken spekuliert, insbesondere über die Möglichkeit, CO<sub>2</sub> der Atmosphäre wieder zu entziehen und es klimaneutral zu lagern. Politikern erlaubt die Hoffnung auf sogenanntes Geo-Engineering, trotz hoher Risiken ambitioniertere Ziele anzustreben, ohne ernsthaft gegen den Klimawandel vorzugehen. Das ist für sie ideal, da sie stets Handlungsbereitschaft und gute Intentionen vorgeben können. Gemäß dieser Überlegungen dürften im globalen politischen Prozess kaum erfolgversprechende Maßnahmen zur notwendigen Eindämmung des Klimawandels getroffen werden. Trotzdem wird in der Politik laut gegen den Klimawandel angerebet. Denn er eignet sich hervorragend als Sündenbock. In Entwicklungsländern verwenden Politiker den Klimawandel teilweise als Erklärung für Armut, anstatt die wahren Ursachen wie staatliche Ineffizienz, Demokratiedefizit oder Korruption anzugehen, für die sie oft mitverantwortlich sind. In reichen Ländern machen Politiker lieber den Klimawandel als verfehlte Bauvorschriften oder marode Deichanlagen für Schäden verantwortlich und sehen im Klimaschutz eine willkommene Begründung für Steuererhöhungen.

Zugleich entwickelt sich der Kampf gegen den Klimawandel für manche Branchen zum Geschäft. Viele Politiker argumentieren mit einem „first mover advantage“ für Subventionen, dank denen die

eigene Industrie Wettbewerbsvorteile erlangen könne. Dieser Vorteil tritt jedoch nur ein, wenn nur die inländischen Firmen auf die Förderanreize reagieren und die ausländischen Firmen später die Technologie nicht imitieren können. Diese Bedingungen sind kaum erfüllt.

Fazit: Wer für Klimaschutz ist, sollte sich nicht auf die heutigen Schadensprognosen berufen. Sobald die Schäden monetär bewertet werden, sind sie im Vergleich zur Wirtschaftsleistung und anderen Problemen oft erstaunlich klein. Vielmehr gilt es, die Wertschätzung des Klimas anhand der Präferenzen der Bürger zu erfassen. Dies ist in anderen Bereichen üblich, etwa bei der Bewertung von Naturschönheiten. Vielleicht übersteigt die Zahlungsbereitschaft der Bürger für die Bewahrung des Klimas die drohenden Schäden um ein Vielfaches. Vielleicht ist sie aber auch klein, und möglicherweise könnte es manchenorts sogar eine Zahlungsbereitschaft für noch höhere Temperaturen geben. Angesichts des absehbaren globalen Klimapolitikversagens vertreten wir folgende These: Die Politik muss sich wieder mehr auf nationale und lokale Umweltprobleme konzentrieren und diese zu erst lösen. Dabei sollte sie nicht wie bisher auf Regulierungen und Subventionen setzen, sondern auf Kostenwahrheit: Die wahren Verursacher von Schäden sollten mit Hilfe von Lenkungsabgaben voll für die von ihnen verursachten Kosten bezahlen. Das gilt für Industrie, Gewerbe, Haushalte und den Staat. Dabei greift eine reine CO<sub>2</sub>-Steuer zu kurz, denn viele nicht abgeleitete Kosten ergeben sich weniger aufgrund der Weltklimaerwärmung, sondern, etwa beim Verkehr, durch Unfälle und lokale Verschmutzung. Durch volle Kostenwahrheit erübrigen sich auch Subventionen für „saubere“ Alternativen wie den öffentlichen Verkehr. Die daraus resultierenden großen Überschüsse des Staates müssen zwingend zur Senkung von Steuern sowie für den sozialen Ausgleich eingesetzt werden, wodurch diese Politik mehrheitsfähig würde. Eine solche effizienzorientierte nationale Umweltpolitik trägt viel zur Lösung der globalen Umweltprobleme bei, macht die jeweiligen Länder wettbewerbsfähiger und bringt qualitatives Wachstum, das dringend benötigt wird, um die Klimaveränderungen zu bewältigen und Verlierer zu entschädigen.

Reiner Eichenberger lehrt Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz), David Stadelmann Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.

## Eine Alternative zu Whatsapp

Die GMX-Gründer verbünden sich mit der Deutschen Post. Gemeinsam ziehen sie in die Schlacht gegen Facebook, Google und Co. Von Georg Meck

Wer einmal gründet, tut es immer wieder. Eric Dolatre, ein 55 Jahre alter Bayer mit philippinischem Vater, hat einst GMX aufgezo-gen, ist damit reich geworden und gibt keine Ruhe. Bei Holunderschorle in ihrer Münchner Stammkneipe hat die alte GMX-Gang beschlossen, es noch einmal zu wagen – und die amerikanischen Digtalkonzerne anzugreifen. „Brabblers“ heißt ihre Firma. Facebook, Google und Konsorten sind die Gegner, jene Silicon-Valley-Konzerne, die von deutschen Kunden latent verdächtigt werden, Daten abzugreifen und sie womöglich auch noch amerikanischen Behörden auszuliefern. Dagegen stellt Dolatre seinen neuen verschlüsselten, allerdings kostenpflichtigen Kommunikationsdienst. „Wir geben Privatpersonen die Privatsphäre zurück und sichern Vertraulichkeit für Unternehmen“, sagt der Brabblers-Chef. Bei seinem Dienst (namens ginlo) werden keine persönlichen Daten erfasst, analysiert, verkauft „oder sonstiger Unfug damit getrieben“.

Nun ist die Klage über den mangelnden Datenschutz laut, allein die Menschen ändern ihr Verhalten nur sehr zögerlich. Whatsapp, vor fünf Jahren als kleine Bude für 19 Milliarden Dollar von

Facebook gekauft, nutzen Tag für Tag 1,5 Milliarden Menschen auf dem Globus. Dagegen braucht ein deutsches Start-up gar nicht erst anzustinken. Es werden „garantiert nicht alle auf eine kostenpflichtige App umsteigen“, räumt Dolatre ein.

Er hat trotzdem Großes vor. Brabblers, 2015 als Aktiengesellschaft gebaut, soll richtig Fahrt aufnehmen. Dazu geht die junge Firma jetzt eine Allianz mit einem Uraltunternehmen ein, nämlich der Deutschen Post. Der ehemalige Staatskonzern verkauft seinen eigenen Messenger namens „Sims me“ an Dolatre und erhält dafür im Gegenzug 10 Prozent der Anteile an Brabblers.

Angefangen hatten die Gründer mit dem Kapital von Freunden und Familie. „Es erhöht den emotionalen Druck, wenn ich weiß, dass das Geld von meinem Onkel und meinem Cousin auf dem Spiel steht“, sagt der Chef. Als erster externer Investor ist Leopold Stiefel, der Media-Markt-Gründer, mit 15 Millionen Euro eingestiegen, und nun also auch die Deutsche Post.

Sehr viel Geld fließt dabei nicht, „das ist ein Asset-Deal“, sagt Eric Dolatre. Die Post bringt eine Million private Nutzer mit, die nichts für die App bezahlen, und vor allem 350 Unternehmenskun-



„Wir geben Privatleuten die Privatsphäre zurück“, verspricht Eric Dolatre. Foto: Marion Hugel

den. Diese Angebote sollen jetzt verschmelzen, außerdem arbeitet Dolatre an einem „neuartigen Kommunikationsangebot“ für Privatleute. „Damit starten wir in den nächsten Monaten.“ Der Preis dafür steht noch nicht fest. Drei Euro im Monat müsste den Leuten eine sichere Kommunikation im Internet doch wert sein, haben die Gründer einst

am Kneipentisch hoch gerechnet. Ihre Zielgruppe ist nicht die breite Masse, da ist Dolatre realistisch. Im Auge hat er Familien, die im Schutz der Vertraulichkeit Bilder und Nachrichten austauschen wollen, dazu Unternehmen und IT-Nerds: „Wir können ein Prozent der Internetbevölkerung Europas erreichen, etwa fünf Millionen Menschen.“ Mehr ist erst zu reißen, wenn das Bewusstsein für Gefahren im Netz wächst: „Hören wir nachts auf der Straße ein Geräusch, läuft es uns kalt über den Rücken. Im Digitalen fehlt so ein Instinkt.“

Der Unternehmer findet es „irre“, dass „die Leute im Zweifel Google und Co. mehr Vertrauen entgegenbringen als dem eigenen Staat. Das Problem ist heute nicht der Überwachungsstaat, sondern die Überwachungs-wirtschaft.“ Dagegen anzukämpfen, das ist seine Motivation. Der finanzielle Antrieb sei zweitrangig, mit dem Vermögensaufbau ist Dolatre durch. „Es geht um unsere Kinder, wir sind mit einer Mission unterwegs“, sagt er. „Wir wollen nicht zulassen, dass unsere Kinder in einer gläsernen Welt aufwachsen. Und wo sollen die Jobs für die nächste Generation herkommen, wenn wir nicht an Europa glauben und alles aus der Hand geben?“

### Stellenangebote

**STADT FRANKFURT AM MAIN**

Dezernat VIII – Soziales, Senioren, Jugend und Recht

Frankfurt am Main ist eine lebendige Großstadt, Finanz- und Dienstleistungszentrum in zentraler Lage mit exzellenter Infrastruktur, dem größten Flughafen des Kontinents sowie einem reichhaltigen und hochwertigen Kulturangebot. In Frankfurt leben rd. 750.000 Einwohner aus 180 Nationen. Ca. 370.000 Pendler kommen täglich in die Stadt.

Für die Entwicklung von Frankfurt am Main sind die Kinder- und Jugendhilfe und die Sozialhilfe von besonderer Bedeutung. Die Zusammenführung beider Arbeitsbereiche in einem Amt eröffnet ein anspruchsvolles Aufgabensfeld mit vielfältigen Einflussmöglichkeiten auf die städtischen Sozialräume.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine\_n

#### Amtsleiter\_in (m/w/d) Jugend- und Sozialamt (Ltd. Magistriedirektor\_in)

BesGr. B3 BesO

**Zu Ihren Aufgaben gehören:**  
Leitung des Jugend- und Sozialamtes mit rd. 1.800 Mitarbeiter\_innen in 18 Organisationseinheiten sowie beim Jobcenter Frankfurt (Gemeinsame Einrichtung nach SGB II); Steuerung und Verantwortung der Aufgaben des Amtes einschließlich der Schnittstelle zum Jobcenter Frankfurt.

Dazu gehören insbesondere: Beratung sowie Gewährung von Hilfen nach den Sozialgesetzbüchern VIII (Kinder- und Jugendhilfe) und XII (Sozialhilfe); Kinder- und Jugendsozialarbeit; Programm Aktive Nachbarschaft; Beratungsstelle; Hilfe für Asylbewerber und Flüchtlinge; Jugendhilfe- und Sozialplanung; Planung und Initiierung von Hilfen und Angeboten für Seniorinnen und Senioren; Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe und der Wohlfahrtspflege; Angelegenheiten des Versicherungs- und des Ausgleichs-amtes; Umsetzung des Bundesstellengesetzes sowie der ergangenen Landesregelungen; Konzeption und Durchführung von Organisationsveränderungen; Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Dezernentin und den Magistrat.

Der Amtsleitung obliegt außerdem die Leitung der Verwaltung des Jugendamtes gem. § 70 (2) SGB VIII und sie ist beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses. Darüber hinaus ist sie in Gremien mehrerer gemeinnütziger Vereine und Stiftungen sowie beim Jobcenter Frankfurt vertreten.

Eine weitere wichtige Aufgabe liegt in der intensiven Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe und den angrenzenden Systemen wie bspw. Schule, Gesundheit, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

#### Sie bringen mit:

- Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst oder abgeschlossenes einschlägiges Studium (bevorzugt Masterstudium in Verwaltung, Betriebswirtschaftslehre, Erziehungswissenschaften oder Soziale Arbeit)
- tatkräftige und erfahrene Leitungspersönlichkeit
- ausgeprägte und langjährige erfolgreiche Erfahrung in der Wahrnehmung von Führungsverantwortung von größeren Organisationseinheiten in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht
- Management- und Entscheidungskompetenz
- profunde Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe sowie in der Steuerung des Ressourceneinsatzes
- ausgeprägte Fähigkeit zum strategischen, konzeptionellen und praktischen Denken
- hohe persönliche und soziale Kompetenzen, wie Integrität, Empathie, Belastbarkeit, Kommunikationsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen
- Kooperationsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Entscheidungsfreude
- Erfahrung in der verantwortlichen Leitung und Steuerung von Projekten und Prozessen
- Genderkompetenz und interkulturelle Kompetenz
- Aufgrund der Vielzahl von Terminen ist eine hohe zeitliche Flexibilität auch außerhalb der regulären Arbeitszeiten (z. B. bei Krisenfällen oder Abendterminen) erforderlich

#### Wir bieten:

- umfangreiches Fortbildungsangebot zu den unterschiedlichen Themenbereichen
- betriebliche Altersvorsorge und ein geförderteres Job-Ticket des Rhein-Main-Verkehrsverbundes

#### Weitere Infos:

Bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen ist eine Beschäftigung im Beamtenverhältnis zunächst nach § 4 HBG im Beamtenverhältnis auf Probe möglich. Die regelmäßige Probezeit beträgt zwei Jahre. Eine Verkürzung ist möglich; die Mindestprobezeit beträgt ein Jahr.

Bei Nichterfüllen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen ist die Beschäftigung im Arbeitsverhältnis möglich; bitte teilen Sie uns im Rahmen Ihrer Bewerbung Ihre Gehaltsvorstellungen mit.

Die Dienststelle hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von Frauen in diesem Bereich zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich gerne an: **Robert Standhaft**, Tel.: (069) 212-47383

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung. Bitte senden Sie diese **bis zum 12.04.2019** unter der Angabe der **Kennziffer C4000/1600** an:

**Magistrat der Stadt Frankfurt am Main**  
Personal- und Organisationsamt – 11.62 –  
Münchener Straße 1, 60329 Frankfurt am Main  
oder per E-Mail an [pvm.amt11@stadt-frankfurt.de](mailto:pvm.amt11@stadt-frankfurt.de)

Sollten Sie sich für eine E-Mail-Bewerbung entscheiden, fassen Sie bitte nach Möglichkeit die Anhänge in einer PDF-Datei zusammen.

Weitere Informationen über den Arbeitgeber Stadt Frankfurt am Main finden Sie unter [www.stellen.stadt-frankfurt.de](http://www.stellen.stadt-frankfurt.de).